

braucht?) wurde, um Geldtransaktionen abzuwickeln, die – wie sich heute herauszustellen scheint – mindestens zweifelhaften Charakters waren.» Der Sachverhalt wird – trotz laufendem Verfahren – heruntergespielt (es gehört «zu den normalen Dienstleistungen von Banken auf der ganzen Welt, Gelder entgegenzunehmen, zu verwalten oder zu transferieren») und vorausseilend der Finanzplatz Liechtenstein entlastet (bei Elf-Aquitaine handle es sich «um einen grossen, internationalen Konzern, den grundsätzlich jedes Geldinstitut in Europa gerne zu seinen Kunden zählt»). Mit dem Hinweis auf das laufende Verfahren wurden sodann die Zeitungen gerügt: «Umso fragwürdiger erscheint es uns, dass sich nun ausgerechnet die Liechtensteiner Zeitungen gegenseitig darin überbieten, mit umstrittenen und reisserischen Schlagzeilen lautstark in die konzertante internationale Kakophonie über den Finanzplatz Liechtenstein einzustimmen.»

6.1.3.3 Beispiel: Der Fall SPD/Schröder

Peinlich präsentierte sich der LPC im Anschluss an einen Ausspruch von Bundeskanzler Gerhard Schröder im deutschen Wahlkampf. Dessen Worte «lieber das Geld in Leipzig arbeiten lassen als auf Konten in Liechtenstein» bewog den LPC zu einem Protestschreiben an den SPD-Parteivorstand in Berlin.⁴⁹³ Hintergrund war das Wahlkampfthema Arbeitslosigkeit, das unter anderem auch zu einer Diskussion über eine Steueramnestie führte für Fälle, in denen Geld am deutschen Fiskus vorbeigeschleust worden war. Der LPC schrieb, dass die Äusserung Schröders in Liechtenstein «Enttäuschung und Entrüstung» ausgelöst habe. In der Tat beschränkte sich die öffentlich gewordene Entrüstung allerdings auf einen kurzen Leserbrief. Garniert wurde die Protestnote an die SPD noch mit dem Hinweis, dass sich «das Fürstentum Liechtenstein von der deutschen Innen- und Steuerpolitik missbraucht (fühle), wenn es heute als Sündenbock einer möglicherweise verfehlten Politik der amtierenden deutschen Regierung herhalten muss.»

⁴⁹³ Liecht. Vaterland v. 14. August 2002 (mit Auszügen) und Liecht. Volksblatt v. 16. August 2002 (Stellungnahme des LPC). Die Stellungnahme fand sogar ein Echo in der Zeitschrift Focus 34/2002, S.9.